



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 22.04.2015

Zwangsimpfungen? Wir wollen keine Gesundheitsdiktatur!

Unter diesem Motto wendet sich der Bürger- und Patientenverband GESUNDHEIT AKTIV e.V. gegen die angekündigte Einführung einer Impfpflicht in Deutschland, die im Rahmen der Europäischen Impfwoche vielerorts gefordert wird. Der Kinderarzt Dr. Stefan Schmidt-Troschke, Geschäftsführer des Vereins und Mitbegründer der Initiative „Ärzte für Individuelle Impfanscheidung“, betont: „Eine Impfpflicht wäre eine völlig überzogene und inakzeptable Maßnahme. Die Impfquoten bei Kleinkindern liegen hierzulande für Masern bei 92-96 Prozent. Viel problematischer ist es, dass Jugendliche und Erwachsene ungeschützt sind. Weil sie die Krankheit nicht durchgemacht haben, lässt der Impfschutz nach 10-15 Jahren nach, Mütter übertragen keinen ‚Nestschutz‘ mehr auf Neugeborene.“ Auch zeigen Länder wie die USA und Italien, dass sich trotz Impfpflicht die Masern nicht ausrotten ließen.

Überdies fehlt es an einer qualifizierten Kontrolle bei Impfkomplicationen: Sie werden meist verharmlost oder gar nicht gemeldet. Eine Untersuchung der angesehenen *Cochrane Collaboration* von 2012 bemängelt, dass Masern-Mumps-Röteln-Impfstoffe zu wenig auf ihre Sicherheit untersucht werden. „Allein vor diesem Hintergrund verbietet sich jeder Zwang zu dieser Impfung“, so Schmidt-Troschke.

Für problematisch erachtet GESUNDHEIT AKTIV auch die derzeitigen Empfehlungen der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut (Stiko), die für Kinder insgesamt 39 Impfdosen vorsieht. Nicht alle Impfungen seien wirklich ratsam und ausreichend auf ihre langfristige Unbedenklichkeit hin geprüft, sagt Schmidt-Troschke. So sei z. B. die Kampagne für die HPV-Impfung für junge Mädchen irreführend und informiere nicht sachgerecht. Auch sei in Frage zu stellen, warum schon Säuglinge gegen Hepatitis-B geimpft werden sollten. Dagegen seien andere Maßnahmen zur Prävention noch längst nicht ausgeschöpft – hierauf sollten Bund und Länder mehr Gewicht legen, fordert GESUNDHEIT AKTIV.

Sollte es zu Gesetzesinitiativen für die Einführung einer Impfpflicht kommen, so kündigt der Verein eine breite Kampagne für den Erhalt einer individuellen Entscheidung an. Auch eine Verfassungsklage wird nicht ausgeschlossen. Schließlich handele es sich um die Verletzung des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit. Schmidt-Troschke: „Wenn das aufgrund der momentanen Masernerkrankungen aufs Spiel gesetzt wird, so sind wir von einer Gesundheitsdiktatur nicht mehr weit entfernt!“

Ansprechpartner: GESUNDHEIT AKTIV, Dr. Stefan Schmidt-Troschke, Tel. 030 695 68 7216